



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

SP VII/101 - 14. Mai 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 3	<u>Gesellschaft - Staat - Parteien</u> Parteitage in der Demokratie Der Drang zur Macht - ein legitimes Begehren Von Professor Carlo Schmid Vizepräsident des Deutschen Bundestages	130
4	<u>Falsch geschaltet ?</u> Minister Scheel und der Finanzplan	21
4	<u>Nach mal Pause ...</u> nicht immer richtig	20
5 - 6	<u>"Roter Nordstern" über den Dschungeln von Laos</u> Griff nach den grössten Reisfeldern der Erde Von Erwin Erasmus Koch	102
7 - 8	<u>Patriot - Demokrat - Weltbürger</u> Zum Tode von Richard Reitzner Ein erfülltes Kämpferleben	70

* * *

* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Parteitage in der Demokratie

Der Drang zur Macht - ein legitimes Begehren

Von Professor Carlo S c h m i d

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Ende Mai wird die SPD ihren diesjährigen Parteitag in K ö l n durchführen. Die grosse und jetzt bald auf eine hundertjährige Geschichte blickende deutsche Sozialdemokratie war und ist - über alle Stürme des Zeitgeschehens hinweg - das Gewissen der Nation. Sie wird es auch in der Zukunft sein, da sie ihre Kraft seit jeher aus der Bejahung der demokratischen Lebensform schöpfte und immer schöpfen wird. Die demokratische Lebensform ist heute Allgemeingut unseres Gesellschafts- und Staatsbewusstseins geworden; sie ist im Grundgesetz verankert.

Unser Grundgesetz bestimmt, dass die Parteien an der Bildung des Staatswillens mitwirken. Das ist der stärkste Ausdruck dafür, dass nach unserer heutigen Vorstellung Staat und Volk, Staat und Gesellschaft sich nicht mehr gegenüberstehen wie zwei fremde Wirklichkeiten, sondern dass Volk und Staat identisch sind. Staat und Gesellschaft ebenso, das heisst, dass sich die Gesellschaft, die im Staat aufgeht und unser Staat in der Gesellschaft im Zustand des politisch Handelns ist.

In früheren Zeiten konnte man anders denken. In einer Gesellschaftsordnung, in der klare und manchmal sogar organisch gewachsene Wirklichkeiten vorhanden waren, da konnte man sich damit begnügen, dass Einzelpersonen als Repräsentanten des Volkes und der Gesellschaft tätig wurden, indem sie in den Staat und seine Organe hineingingen. Honoratioren und Notabeln nannte man diese Leute. Heute kann auf diese Weise nicht mehr vergewagt werden, was Volk und Gesellschaft sind, denn leider sind wir durch das immer weitere Fortschreiten der Industriegesellschaft mit ihrer ganzen Technisierung des Daseins, auch des Bewusstseins mit ihren Massenmedien und vielem anderen, in den Zustand der Massengesellschaft eingetreten.

Massengesellschaft und Parteien

In dieser Gesellschaft würde der einzelne als Bürger, das heisst als einer, der die Möglichkeit hat, auf den Staatswillen Einfluss zu nehmen, völlig untergehen, wenn es nicht die politischen Parteien gäbe, die von Bürgern geschaffen worden sind, um sich zur Geltung bringen zu können. Ein Staat kann nicht existieren, wenn nicht gestaltende, ordnende und steuernde Kräfte ausserhalb der Bürokratie am Werke sind. Diese Kräfte sammeln sich in den politischen Parteien - es gibt sie auch anderswo - aber in den politischen Parteien werden sie am unmittelbarsten staatswirksam. Deswegen haben die Parteien nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, um einen Anteil an der Macht im Staate

zu kämpfen. Eine Partei kann sich auflösen, wenn sie nicht nach den Möglichkeiten strebt, ihre Vorstellungen auch verwirklichen zu können. Das kann sie im optimalen Sinne dann, wenn sie in der Regierung ist.

Sie kann es auch als Opposition tun, aber gewissermassen nur so wie im Parallelogramm der Kräfte eine Wirkung auf die andere Seite ausgeübt werden kann. Das ist notwendig, das kann gut sein, es ist aber nicht das, auf das eine Partei ausgehen kann. Sie kann nicht darauf ausgehen, Opposition sein zu wollen, sie muss darauf ausgehen, wenn nicht morgen, so doch übermorgen, regieren zu können. In einer Partei, die demokratisch ist, bilden sich die Vorstellungen einmal noch ehe man seine Grundlagen sieht, wenn man das Gemeinsame sieht, das Verbindende sieht, und dann, was man als notwendig ansieht, was heute geschehen muss und welches die Mittel sind, es zu verwirklichen, es zu tun, und was nicht geschehen kann, weil die Mittel dazu fehlen.

Suche nach dem richtigen Weg

In Apparat-Parteien geht das alles einfach. Da ist ein Mann, der hat immer Recht - der Führer hat immer Recht. Das ist das Wesen solcher Parteien. In demokratischen Parteien geht man von der Skepsis aus, dass niemand weiss, wer Recht hat, dass erst ermittelt werden muss, worauf sich die Partei in ihren tragenden Organen und Kräften ihrer Mitgliederschaft zu einigen vermag. Da einigt man sich eben darauf, bestimmte Dinge für notwendig oder für möglich anzusehen, bestimmte Mittel für geeignet zu halten. Dazu bedarf es natürlich einer Führung; man kann nicht eine Gruppierung von 650 000 Menschen miteinander diskutieren lassen, es geht einfach nicht, wir haben nicht den Marktplatz von Athen, auf dem wir uns alle versammeln können. Da müssen Delegierte gewählt werden, es muss ein Ausschuss, ein Teil das Ganze repräsentieren. Das sind Delegierte, die man für den Parteitag wählt; denen haben die Mitglieder der Partei, die sie aufgestellt haben, das Mandat gegeben, an ihrer statt zu sagen, was sie glauben, verantworten zu müssen und zu können. So wird also auf einem Parteitag diskutiert und gestritten.

Es wäre eine jämmerliche Sache, wenn ein Parteitag aus lauter Ja-Sagern bestünde, aus Leuten, die von vornherein das gleiche wollen, denken, wissen und für möglich halten. Das wäre ein Zeichen von Sterilität und nicht ein Zeichen von Kraft. Worüber man von vornherein einig sein muss, das ist die Grundlage, das, weswegen man überhaupt Sozialdemokrat ist. Das muss man wissen und da sollte einigermaßen eine identische Vorstellung sein, nicht im Sinne einer Doktrin, die auf alles eine Antwort weiss, aber etwa in dem Sinn, dass man weiss, die Welt ist so, wie sie ist, jedoch nicht so, dass man sagen kann, sie ist recht.

Auf der anderen Seite sind wir nicht machtlos, sondern es gibt Mittel, sie ins Lot zu setzen. So, damit der Mensch Wesensverwirklichung, Wesensbejahung finden kann, damit die Selbstentfremdung, in die wir geworfen sind durch das Industriezeitalter, endlich zu Ende geht, aber das nur auf Grund demokratischer Methoden, mit demokratischen Mitteln, ohne Vergewaltigung des anderen. Darüber muss man sich einig sein. Wenn einer nicht so denkt, dann hat er in der SPD nichts zu suchen.

Demokratie ist Diskussion

Aber was man nun heute tut, hier und jetzt, um das zu verwirklichen, darüber werden die Meinungen auseinandergehen, da muss man eben nicht nach dem berühmten goldenen Mittelweg suchen, vielleicht kann man sich auch für ein Extrem entscheiden - aber man muss sich miteinander verständigen, man muss miteinander diesen Willen zu bilden versuchen, dass auch die, die überstimmt worden sind, das Gefühl haben, dass wir hier waren, dass wir mitreden konnten, das hat mit etwas dazu beigetragen, dass der Parteiville, die Vorstellung der Partei, diese Form und diesen Inhalt angenommen haben.

Das gilt einmal für die sachlichen Maßnahmen, das gilt auch für die Personen, die man, wie man so schön sagt, herausstellt, die man als Kandidaten für Landtags- und Bundestagswahlen aufstellt oder denen man die Geschäftsführung der Partei, auch die politische Geschäftsführung der Partei, anvertrauen will.

Auch über Personen kann man verschiedener Meinung sein. Man kann der Meinung sein, dass ein ganz ausgezeichneter Mann für Gestern genau das Richtige war, dass aber nach dem, wie die Verhältnisse heute geworden sind, ein Mann mit anderen Eigenschaften besser wäre. Das hat gar nichts damit zu tun, dass damit jemand abgewertet wird.

Was hier geschieht auf den Parteitagen, ist nicht etwa eine Dunkelkammer. Natürlich gibt es Besprechungen bei denen man nicht jeden zuhören lässt, das versteht sich von selbst. Zumal doch zunächst Streitigkeiten entstehen, von denen man annimmt, die beruhen auf Missverständnissen, dass man aneinander vorbeigeredet hat. Da ist es doch gut, wenn man sich zusammensetzt und erst einmal feststellt, was haben wir denn eigentlich sagen wollen und worauf beruht denn unser einander-nicht-verstanden-Ka-ker. Wenn man das geklärt hat, dann kann man in den Saal gehen, und in diesen Saal sitzt die Presse.

Parteien und öffentliche Meinung

So ein Parteitag geht in der Öffentlichkeit vor sich, jedermann kann an anderen Tag in der Zeitung lesen, was dort geredet worden ist. Das ist gut so, denn eine politische Partei, die den Staat verantworten will, muss sich der öffentlichen Meinung stellen, und das geschieht dadurch, dass man Diskussionen, die zur Bildung des Parteiwillens, der Parteivorstellungen führen sollen, in der Öffentlichkeit führt.

Ich habe den Eindruck, dass man in Deutschland diese Dinge nicht immer richtig sieht, dass man meint, eine Partei, das ist doch so etwas wie ein Verein von Leuten, die etwas werden wollen, das gibt es eben, weil es das zu Grossvaters Zeiten auch gegeben hat. Das ist nicht richtig. In der heutigen Massengesellschaft ist Demokratie nur möglich als Parteiendemokratie. Nur wenn in geordneter Weise den Wählern vorgetragen werden kann, welche Schwerpunkte innerhalb des notwendig Möglichen es gibt, nur dann kann der Wähler überhaupt ein verantwortliches Ja oder ein verantwortliches Nein sagen.

Falsch geschaltet?

Minister Scheel und der Finanzplan.

sp - Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Scheel, ist ein rühriger Mann. Auf dem FDP-Landesparteitag in Berlin setzte er sich unter anderem auch für einen Finanzplan ein, der es der Bundesregierung ermöglichen soll, im Laufe einer Legislaturperiode die korrekte Übersicht über Einnahmen und Ausgaben zu behalten. Das ist zwar eine alte sozialdemokratische Forderung, deren Bedeutung Herr Scheel jedoch in Berlin nicht ganz erkannt zu haben scheint. Während die Sozialdemokraten im Bundestag einen Finanzplan deswegen fordern, um es Parlament und Regierung zu ermöglichen, die finanzielle Übersicht bei der Erfüllung der dringenden Gemeinschaftsaufgaben zu behalten, will Herr Scheel offenbar das Gegenteil. Sein Finanzplan soll der Regierung Kürzungsmöglichkeiten beim Etat für Öffentlichkeitsaufgaben zeigen. Vielleicht hat Herr Scheel aber in Berlin nur falsch geschaltet und möglicherweise meint er sogar das selbe wie die sozialdemokratischen Finanzexperten. Wir können uns nämlich kaum vorstellen, dass der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nur die e i n e Seite der Medaille sieht, während es doch gerade seine Aufgabe sein sollte, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsaufgaben miteinander in Einklang zu bringen. Oder hat "die Presse" wieder einmal falsch berichtet? Herr Scheel könnte seinen immer noch guten Ruf zementieren, wenn er bei passender Gelegenheit etwas Klarheit in die jetzt bestehenden Unklarheiten bringen würde.

+ + +

Mach mal Pause ...

nicht immer richtig

sp - Willy Brandt, der Regierende von Berlin, hat auf der letzten Vorstandssitzung seiner Partei auf ein politisches Phänomen hingewiesen, das er als Pause-Theorie bezeichnete. Sie hat starke Anhänger innerhalb der grössten Regierungspartei. Ihr Kern besagt, in der Berlin- und Deutschlandfrage von Bonner Seite aus nichts zu unternehmen und abzuwarten, was da kommen möge. Diese Doktrin bekam schon in den Jahren 1958/59 und 1960 die Oberhand.

Nun steht uns die Rolle eines Zaungastes der Weltpolitik am allerwenigsten zu; schliesslich leben wir als gespaltenes Volk an der Grenze zweier einander feindlich gesinnter Blöcke, von denen der eine, der sowjetrussische, bestrebt ist, die bestehende Balance zu seinem Vorteil zu verändern. Die Politik des Abwartens, das dann Geschehenlassens fand ihren schrecklichen Niederschlag am 13. August durch die Errichtung der Schandmauer. Sollte dies nicht eine einprägsame Lehre, gerade von den Pause-Theoretikern zu beachtende Lehre sein? Wer sich abwartend und passiv verhält, läßt die andere Seite geradezu zu Gegenaktionen ein: Mach mal Pause - das trifft wohl für erschöpfte und abgekämpfte Menschen zu, nicht aber für die Politik von heute. Sie verlangt Phantasie, Wachsamkeit und ständiges Bemühen, den Weg zum Verderben aufzuhalten. Wenn es schon andere tun, dann soll man ihnen nicht Krüppel vor die Beine werfen.

+ + +

"Roter Nordstern" über den Dschungeln von Laos

Von Erwin Erasmus Koch

Unser Korrespondent E. Koch hatte vor kurzem in Laos, dem alten Lane Xang, dem "Land der Millionen Elefanten", die äusserst kritische Lage der legierten Regierung Bun Um sondiert. Unterdessen ist Nam Tha, eine Provinz-"Hauptstadt" im Nordwesten, tatsächlich jedoch kaum mehr als ein Dschungeldorf, von vier kommunistischen Pathet-Lao-Bataillionen genommen worden. Die Lage wird immer kritischer. D.Red.

+ + +

Die grüne Mondsichel hing über den Dschungel am Mekong, wie ich ihn zuvor auch am River Kwai gesehen hatte, ein Urwaldphänomen. Der Monsun hatte begonnen, nach heftigen Regengüssen dampfte der größte Strom Hinterindiens, dieser mehr als 5000 Meilen lange Mekong-River. Das Grenzgebiet zwischen Thailand und Laos gehört zu ihm und zum "Ho-Chi-Min-Pfad". So heißt der Nachschubweg der Pathet-Lao-Rebellen, deren Reihen immer wieder von chinesischen Guerilla-Verbänden aus Nordvietnam aufgefüllt werden, die mit Waffen sowjetischer und chinesischer Herkunft kämpfen, die aber auch über amerikanische Schnellfeuergewehre verfügen. Offenbar stammen die USA-Kaliber aus den Lieferungen an die Regierung Vietnams, der Dschungel-Metropole von Laos. Um die Verlässlichkeit der Truppen des Prinzen Bun Ums ist es nicht allzu gut bestellt. Sie laufen ohne weiteres zur Pathet Lao über, wenn es die Umstände geboten erscheinen lassen, was Tag für Tag der Fall ist. Der "Ho-Chi-Min-Pfad" also bildet den wichtigsten Nachschubweg für die Roten. Er endet unmittelbar in Südvietnam und zweigt auch nach Thailand ab, in beide Basen der SEATO. Über die Zahl der Pathet Lao herrschen unterschiedliche Mutmassungen, sie differieren zwischen zehntausend und dreißigtausend Mann. Gelegentlich heißt es auch, daß die kommunistische Organisation hunderttausend Kampftruppen zur Verfügung hat.

Angeschlagene Moral der Regierungstruppen

Der grüne Mond tauchte also den Dschungel an der "Border" in geisterhaftes Licht. Die bis zur Mündung des Mekong (in die Südchina-See) reichenden Sümpfe lagen undurchdringlich, unheimlich schweigend da. Eine erstaunlich gut ausgebaute Straße, der Highway, führte von Bangkok nach Uban, nach Nordwesten und damit dorthin, wo schon seit Januar der Vorstoß der Pathet Lao erwartet wurde. Die amerikanischen Militärberater hatten in Vientiane auf diese Wahrscheinlichkeit, rechtzeitig, wenn auch vergebens, hingewiesen. Aber, wie gesagt, die Moral der angeblich regierungstreuen Laoten taugte nichts, wozu die schon ins Sagenhafte gediehene Inflation im ganzen Dschungelreich nicht unerheblich beitrug, und sie war wiederum eine Folge der Tatsache, daß die enttäuschten Amerikaner die Zahlung ihrer Hilfsgelder an dieses Laos im Chaos eingestellt hatten. Die laotische Währungseinheit sank seit Anfang Januar 1962 um mehr als die Hälfte ihres Wertes, die Preise stiegen darauf allerorts uferlos. Der Pathet Lao waren damit ausgezeichnete Propagandamöglichkeiten ganz im Sinne des Dschusi Mao Tse-tung geboten worden. Die verzweifelten Bauern glaubten und glaubten den Guerilla-Polit-Funktionären, daß endlich im Schutze der mächtigen Volksrepublik des Nordens, Rotchinas, der Friede einkehren werde, wenn nur

erst "die Imperialisten und ihre Kettenhunde" zum Teufel gejagt seien. Das Laoten klingt die Mär verheissungsvoll, daß künftig "alles Land den Pfülgern" gehören werde, dessen Besitz sich noch die Prinzen und ihre Siquen teilen.

Gespräch mit einem buddhistischen Priester

In einem der zahllosen Dschungeldörfer der "Border", nordwestlich von Phan, sprach ich mit einem aufgeschlossenen buddhistischen Priester der Pathet Lao. Er stammelte ein leidliches Pidgin-Englisch. "Kommunisten stark, immer stärker, keine Imperialisten." Mao Tse-tung sei ein Freund der buddhistischen Religion. Schon in Bangkok hatte mir ein Offizier des Geheimdienstes der SEATO seine Besorgnisse wegen der kommunistischen Infiltration der Sekten des Lord Buddha klargemacht. Was ich danach bereits am River Kwai erlebt hatte, schien mir in diesem Zusammenhang bedeutungsvoll genug. Selbst die Zaubersprüche in einem Dorftempel, das Orakel hat eine wirklich auf die Bauern tief greifende Einflussnahme, waren mit Parolen des roten Chinesen angefüllt. Etwas derart, daß der "Rote Nordstern" (rot ist in Asien die Farbe der Freude, und gemeint war Mao Tse-tung), wenn man für ihn Opfergaben bringe, eine über eiche nächste Reisernte nach der Gestirnkonstellation erwarten lasse.

Aberglaube als politische Waffe

Der Pathet Lao bedient sich in Hinterindien im erstaunlichen und wachsenden Masse des Aberglaubens, um die Landbevölkerung zu gewinnen, auf die es zahlenmässig allein für den Sieg des Kommunismus ankommt. Da weiter die Erinnerung an den zum Schluß durch die Franzosen verlorenen Krieg in Indochina keineswegs verblasst ist, bleibt auch der Anti-Imperialisten-Propaganda Tür und Tor offen. Die Mentalität der Dschungelbewohner brückt sich darin aus, daß sie um jeden Preis vom Kolonialismus frei sein wollen. Der Pathet Lao gibt die Schuld an dem andauernden Krieg und natürlich auch mit den für jedermann deutlichen Folgen der Inflation den Amerikanern, die unablässlich als Inbegriff des Bösen hingestellt werden. Zweifellos haben sie durch den Abbruch ihrer finanziellen Hilfe eine wenig glückliche Hand bewiesen, zumal die militärischen Lieferungen fortgesetzt werden. Beide Gegensätze wirken demoralisierend, ganz abgesehen von den ohnehin vorhandenen Hassgefühlen.

Hinterindien hat etwa ein Viertel der Fläche Chinas, zwei Millionen Quadratkilometer. Für Mao Tse-tung besteht der Zwang, sich dieses Raumes zu bemächtigen, weil die Staaten zwischen dem Bengalischen Meer und der Südchina-See (Birma, Thailand, Laos, Kambodja, Südvietnam und die Malakka-Halbinsel) die größten Reisanbaugebiete der Erde sind. Diese Reisernten fehlen China für seine 750 Millionen-Bevölkerung, die weiter ständig wächst.

Entwicklungshilfe und Swimmingpools

Die SEATO wiederum versucht, allerdings immer von neuem mit sehr unzulänglichen Mitteln, ihre Bastionen in Südostasien zu halten. Alle bisherigen Entwicklungshilfen haben aber die Armut der Bauern und ihre Rückständigkeit nicht zu beheben vermocht. Die Millionen und aber Millionen an Dollar-Beträgen rinnen durch die Swimming-Pools der Potentaten und ihrer Günstlinge. Ihre Prachtbauten und alle möglichen Prachtstraßen in Bangkok und Vientiane vertiefen nur die sozialen Klüfte. Dazu kommt, daß die militärischen Lieferungen der USA sie ganz gewiß nicht überbrücken. Außerdem bewährt sich die Guerilla-Taktik, die Ho Chi Min beispielsweise, der Präsident der Volksrepublik Viet Minh (Nordvietnam), nach dem Vorbild des "Roten Nordsterns", Mao Tse-tungs, durchführt. Der Westen ist Schritt um Schritt nun wieder in Laos zurückgewichen. Die Aufgabe Nam Thas (im gebirgigen Nordwesten) fällt in diesen Trend. Das gleiche wird für Attapeu gelten, den Dschungelmarkt in Süd-Laos, dicht an der Grenze nach

Patriot - Demokrat - Weltbürger

Zum Tode von Richard Reitzner
Ein erfülltes Kämpferleben

ler. Zwar kam die Todesnachricht nicht überraschend, aber dennoch traf sie schwer auf all die unzähligen Männer und Frauen, die Richard Reitzner kannten. Viele Monate hatten ihn ans Krankenbett in einem Münchener Krankenhaus gefesselt, und manchmal schien es, als könnten die Ärzte dem Toten Opfer abringen. Diese Hoffnung trug Richard Reitzner ertrug ein langes und schweres Leiden mit Geduld, Würde und Gelassenheit; noch in den letzten Tagen galten seine Gedanken seinen Mitstreitern aus stürmischen, kampfereiften Jahren und dem Los seiner Landsleute, die gleich ihm das Schicksal der Vertreibung teilen mussten.

Richard Reitzner stammte aus dem Sudetenland, jenem Landstrich im Herzen Europas, aus dessen wechselvollem Geschick sich ein gut Teil des europäischen Schicksals ablesen lässt mit seinen Hoffnungen, grausam enttäuschten Erwartungen, seinen Fehlschlägen und misslungenen Ansätzen, eine föderative, die Rechte aller Völker beachtende Ordnung in einem Vielvölkerraum aufzubauen. Wenzel J a k s c h ist in seinem Buch "Europas Weg nach Potsdam" den geschichtlichen Grundlinien und Strömungen dieses Raumes nachgegangen, hat die unendlichen Bemühungen dargelegt, die nach dem ersten Weltkrieg freigewordenen nationalistischen Kräfte in einem Strom zu Europa einzuleiten. Richard Reitzner empfing im Ringen um die nationale Selbstbestimmung der Sudetendeutschen, die mit ihren dreieinhalb Millionen fast ein Viertel der damaligen Gesamtbevölkerung der Tschechoslowakei stellten, die entscheidenden Eindrücke. Sie bestimmten sein politisches Wirken. Der Lehrer, Sohn einer sozialdemokratischen Familie, stürzte sich nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft des ersten Weltkrieges mit Feuereifer in die politische Arena, seine Heimatstadt Bodenbach an der Elbe wurde durch ihn zu einer Blütestätte der deutschen Arbeiterbewegung im Sudetenland. Als getreuer Sohn seiner Heimat wandte er sich ebenso leidenschaftlich gegen die Übermacht des tschechischen Nationalismus, unter dessen mächtigen Schatten die sudetendeutsche Demokratie den Kampf zu führen hatte. Dem Sozialdemokraten Richard Reitzner galt aber auch der Zorn der deutschen Nationalisten, die im Dritten Reich so starken Rückhalt fanden. Eingerissen zwischen dem Anspruch eines Staates, ein Nationalstaat zu sein, obwohl das "Staatsvolk", die Tschechen, kaum die Hälfte der Bevölkerung stellte und dem Dritten Reich, das seine begehrliehen Blicke über die Sudeten warf, musste das Experiment scheitern, aus der Tschechoslowakei so etwas wie eine zweite Schweiz entstehen zu lassen. Das Abkommen von München

setzte den Schlusspunkt unter eine leidvolle Periode ständig versuchten deutsch-tschechischen Brückenschlags.

Die Rache der siegreichen Machthaber des Dritten Reiches, vor denen die europäische Demokratie kapituliert hatte, traf viele Zehntausende tapfere Männer und Frauen. Über 20 000 sudetendeutsche Sozialdemokraten füllten die Zuchthäuser und Konzentrationslager des Dritten Reiches; einen kleinen Teil gelang die Emigration. In der Auseinandersetzung mit der Londoner Besatzungs-Regierung nahm der Konflikt über die Stellung der Sudetendeutschen und Tschechen in einer neuen Tschechoslowakei unerwartete Schärfe an. Sein Ausgang gehört der Geschichte an. Der Kampf gegen die vor langer Hand geplante Austreibung von über drei Millionen ging verloren. Wenzel Jaksch, Ernst Paul und Richard Reitzner waren sich in diesen dunkelsten Stunden ihres Lebens treu geblieben. Sie handelten als deutsche Patrioten, als deutsche Demokraten und als Europäer, als sie den tschechischer Ausreisungsaposteln ihr unerbittliches Nein entgegenschleuderten und für ein Europa eintraten, das keine Vorherrschaft einer Nation über eine andere kennt. Sie werden vor dem Urteil der Geschichte bestehen.

Wer Richard Reitzner in jenen Jahren begegnete, durfte sich zu den Glücklichen zählen. Seine Menschlichkeit, sein Humor und sein Glaube, es lohne sich immer, für Menschenheitsrechte zu streiten, gaben ihm Kraft und innere Ruhe. Schweres konnte er ertragen, ohne daran zu zerbrechen. Nach Kriegsende drängte es ihn zu seinen vertriebenen Landsleuten nach Bayern. Als Flüchtlingskommissar für Bayern legte er in düsteren Jahren die Grundsteine für die Wiedereingliederung, als Fachmann des Lastenausgleichs gehörte er zu den geachteten Rednern im Bundestag, als Mitglied des Präsidiums der sudetendeutschen Landsmannschaft wirkte er für die Durchsetzung einer Politik, die Gewalt als Mittel ausscheidet, eben weil er die Gewalt als eine sittliche und materielle Werte zerstörende Kraft aus tiefsten Herzen hasste.

Mit Richard Reitzner ist ein kampfesfülltes, der Humanität gewidmetes, von hohen Idealen geprägtes Leben erloschen. Sein Weg galt der Suche nach einer europäischen Völker-Staatenordnung, in der alle den ihnen gebührenden Platz haben, frei von Furcht vor Vorherrschaft und nationaler Unterdrückung. In Richard Reitzners Lebenslauf spiegelt sich mitteleuropäische Geschichte und Tragik der letzten 40 Jahre.